

Der mächtigste Kampfpanzer der Welt – der deutsche Leopard. Die geplante Lieferung von 200 „Leos“ nach Saudi-Arabien wirbelt mächtig Staub auf.



Foto: dpa

Überrollt vom Panzergeschäft

Geplante Lieferung nach Saudi-Arabien belebt die Debatte um mehr Transparenz bei Ausfuhrgenehmigungen

BERLIN
Von unserem Korrespondenten
Werner Kolhoff

Es ist einen Monat her, da bekannte sich Heidmarie Wiczorek-Zeul schuldig der Mitwirkung an Waffengeschäften: „Ich habe elf Jahre dem Bundessicherheitsrat angehört“, sagte die ehemalige Entwicklungshilfeministerin bei der Debatte über Rüstungsexporte im Bundestag. Über dessen Entscheidungen dürfe sie aber nicht reden, also auch nicht über ihre eigenen. Und genau diese Geheimniskrämerie müsse geändert werden, meinte die SPD-Politikerin. „Es hilft nur parlamentarische Offenheit.“ Einen entsprechenden Antrag der SPD zur Reform der Genehmigungsverfahren lehnte die Koalitionsmehrheit damals noch ab. Doch nun ist die Debatte unversehens neu entflammt, nachdem bekannt wurde, dass der „Bundessicherheitsrat“ beschlossen haben soll, Saudi-Arabien 200 Leopard-Panzer zu liefern.

Ob diese Nachricht überhaupt stimmt, weiß man freilich nicht, denn

die Beratungen des Bundessicherheitsrates, eines neunköpfigen Ministeriums unter Vorsitz von Kanzlerin Angela Merkel, sind grundsätzlich geheim. Entscheidungen, die anders als im Kabinett durchaus mehrheitlich getroffen werden können, werden der Öffentlichkeit nie mitgeteilt, nur den Waffenschmiedern, die ihre Produkte verkaufen wollen. Erst recht geheim ist natürlich die Tagesordnung, die eine „Gruppe 22“ im Kanzleramt vorbereitet. Am Montag beispielsweise sagte eine ganze Riege von Regierungssprechern eine halbe Stunde lang zu den Saudi-Panzern stets nur: „Dazu können wir nicht Stellung nehmen.“ Allerdings – dass sie den Deal nicht dementierten, war genug Bestätigung.

Ein Jahr warten

In der Regel erfährt die Nation erst ein Jahr später im „Rüstungsexportbericht“, wohin Deutschland welches Militärmaterial geliefert hat. 2009 war „Made in Germany“ weltweit der dritthäufigste Eintrag auf exportierten Waffen; Ausfuhren im Wert von 5,04

Milliarden Euro waren zuvor genehmigt worden, darunter damals schon 168 Millionen für die Saudis. Dass dieser Bericht künftig öfter, nämlich alle drei oder sechs Monate, erstellt wird, gehört ebenso zu den Forderungen der SPD wie die Idee, zusätzlich den Auswärtigen Ausschuss mit den Lieferentscheidungen zu befassen. Ganz ähnlich wie es in Großbritannien oder Schweden praktiziert wird. Doch Union und FDP beharren auf der jetzigen Regelung, die einst von Kanzler Konrad Adenauer eingeführt und 1998 selbst von Rot-Grün nicht geändert wurde. „Es gibt gute Gründe dafür, dass die Genehmigung von Rüstungsexporten reines Regierungshandeln ist und bleiben muss“, sagte Unions-Fraktionsvize Andreas Schockenhoff auf Anfrage. „Es handelt sich um sehr sensible Fragen, die man nicht öffentlich erörtern kann.“ Schockenhoff meinte damit unter anderem die schützenswerten Belange deutscher Wirtschaftsunternehmen, darunter Informationen über deren Aufträge und Abschlüsse. „Allerdings muss klar sein, dass die Regierung ihre Beschlüsse nach den Werten unserer

Grundordnung und nach Absprache mit unseren Verbündeten und Partnern trifft.“

Genau daran hat die Opposition zunehmend ihre Zweifel. Weil die Bundeswehr sparen müsse und weniger bestelle, wachse der Druck der Rüstungsindustrie, lockerer mit den Genehmigungen umzugehen, so die Vermutung Wiczorek-Zeuls. So spreche die Regierung neuerdings nicht mehr von einer „restriktiven“ Genehmigungspraxis, wie sie in den offiziell immer noch geltenden rot-grünen Exportrichtlinien von 2000 formuliert ist. Die Abgeordnete verwies unserer Zeitung gegenüber auf die umfangreichen Waffenlieferungen, die es in den letzten Jahren auch an die Despoten Nordafrikas gab und schlussfolgerte: „Das einzige Instrument, das wirkt, ist die Beteiligung der Öffentlichkeit und des Bundestages.“

In der konkreten Sache Saudi-Arabien freilich ist sogar in den Koalitionsreihen das Unbehagen spürbar. Schockenhoff etwa betonte, dass das erste Kriterium die Sicherheit Israels sein müsse. Man dürfe nichts in diese Region liefern, was dessen Sicherheitsinteresse schmälere. Außerdem beobachte er, so der CDU-Politiker, die innere Entwicklung Saudi-Arabien mit großer Sorge, ebenso das Eingreifen der Saudis bei der Niederschlagung des Volksaufstandes in Bahrain. „Wir gehen davon aus, dass eine Entscheidung zu Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien sehr sorgfältig abgewogen ist und an klare Bedingungen geknüpft wird.“ Ähnlich äußerte sich die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt, die von einem „sehr sensiblen Thema“ sprach, das man sich genau anschauen müsse. Ob die Regierung ihren Mahnungen gefolgt ist, können aber auch die Koalitionsabgeordneten nach geltendem Recht erst im nächsten Jahr erfahren – wenn die Panzer längst verschifft sind.

„Skandalös und gefährlich“

FRANKFURT. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat den offiziell noch unbestätigten Export von 200 Leopardpanzern an das saudische Regime als „skandalös und gefährlich“ kritisiert. IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin erklärte in einer Pressemitteilung: „Kriegswaffenexporte in Krisengebiete wie den Nahen und Mittleren Osten, sind unzulässig. Sollte der Deal durchgeführt werden, zeigt sich der eigene Anspruch der Bundesregierung, Verteidiger der Menschenrechte zu sein, als Makulatur.“ Saudi-Arabien habe unlängst die Herrscher von Bahrain bei der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung unterstützt und zeige sich auch sonst „wenig zimperlich“, wenn es um die Unterdrückung der demokratischen Opposition geht, kritisiert die IGFM. Trotz undemokratischer Staatsstruktur und massiven Menschenrechtsverletzungen von Pressezensur über Christenverfolgung bis hin zur rigorosen Diskriminierung der Frauen genieße Saudi-Arabien bei westlichen Regierungen unverständlicherweise einen guten Ruf. Seit 1948 befinde sich Saudi-Arabien mit Israel offiziell im Kriegszustand – allein eine solche Tatsache müsse zu denken geben, meint die IGFM. Deutschland könne es sich nicht leisten, mit 200 deutschen Panzern das Bedrohungspotenzial weiter zu erhöhen. Zudem kritisiert die IGFM, dass solche Verhandlungen „im Geheimen“ getätigt werden. red



Lessenthin

Tagesthema

Das Panzergeschäft

HINTERGRUND

Das ölfreiche Saudi-Arabien ist auf dem internationalen Waffenmarkt auf Rang neun der Waffenimporteure. Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri bezog das zahlungskräftige Wüstenkönigreich im Jahr 2010 Rüstungsgüter im Gesamtwert von 787 Millionen US-Dollar (rund 543 Millionen Euro).

Saudi-Arabien ist der wichtigste Rüstungslieferant in den vergangenen Jahren waren die USA. Von 2000 bis 2010 bezog das Königreich laut Sipri US-Rüstungsgüter für 1,458 Milliarden US-Dollar, darunter rund 40 „Abrams“-Panzer und Kampfhubschrauber vom Typ „Apache“. 2010 waren es Militärgüter für 228 Millionen US-Dollar.

2000 bis 2010 lieferte Frankreich Rüstungsgüter für 1,393 Milliarden US-Dollar (2010: 89 Millionen), darunter „Panther“-Helikopter. Aus Großbritannien kamen im Vergleichszeitraum Waffen für 950 Millionen US-Dollar, darunter 48 „Eurofighter“-Kampfflzeuge (2010: 440 Millionen).

Deutschland lieferte im gleichen Zeitraum Rüstungsgüter im Umfang von 23 Millionen US-Dollar, allein im vergangenen Jahr umfassten die Lieferungen zehn Millionen US-Dollar. dpa

FAKTEN

BERLIN. Der Kampfpanzer Leopard 2 ist einer der modernsten Kampfpanzer und gilt unter Experten als vielleicht bester der Welt. Die aktuelle Ausführung, der Leopard 2 A7+, ist 3,7 Meter breit und mit einer 120-Millimeter-Kanone bestückt. Mit ihr lassen sich während der Fahrt Ziele in einer Entfernung bis zu 2500 Meter treffen. In dem vom Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann entwickelten Panzer haben vier Soldaten Platz. Der „Leo“ ist bis zu 65 Tonnen schwer und erreicht mit seinen 1500 PS ein Höchsttempo von 70 Stundenkilometern. Der Fahrer sitzt in hängenden Gurten, die ihn vor Druckwellen schützen sollen. Der „Leo“ kann sich komplett um die eigene Achse drehen. dpa

Aktie im Aufwind

FRANKFURT. Angeblich geplante Panzer-Exporte von Deutschland nach Saudi-Arabien haben der Aktie des Rüstungskonzerns Rheinmetall am Montag kräftig Auftrieb gegeben. Gegen Mittag lagen die Papiere des im MDax mittlerer Werte notierten Unternehmens mit knapp drei Prozent im Plus und gehörten zu den Gewinnern. Der deutschen Rüstungsindustrie winkt mit dem geplanten Deal ein Milliardengeschäft. Am Bau des „Leo“ sind neben Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall zahlreiche deutsche Zulieferunternehmen beteiligt. Das Auftragsvolumen dürfte sich nach Einschätzung von Commerzbank-Analysten auf rund 1,7 Milliarden Euro belaufen. dpa

INFO

Das Bundeswirtschaftsministerium richtet sich bei der Genehmigung von Rüstungsexporten nach den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen“ aus dem Jahr 2000. „Lieferungen an Länder, die sich in bewaffneten äußeren Konflikten befinden oder bei denen eine Gefahr für den Ausbruch solcher Konflikte besteht, scheidet (...) grundsätzlich aus“, heißt es. Auch bei dem „hinreichenden Verdacht“, dass deutsche Waffen zur Unterdrückung der Bevölkerung oder „sonstigen fortwährenden (...) Menschenrechtsverletzungen“ im Empfängerland missbraucht werden, gibt es grundsätzlich keine Exportgenehmigung. dpa

DAS SAGEN ABGEORDNETE AUS DER REGION ZUM PANZERGESCHÄFT

„Scheinheilige Kritik“

Sebastian Körber, der FDP-Bundestagsabgeordnete aus Bamberg, erklärte: „Zu diesem sehr sensiblen Thema liegen mir keine konkreten Angaben vor. Natürlich muss man, sollte es denn zutreffen, sehr genau hinschauen. Es ist letztlich eine Entscheidung, die nicht vom Parlament getroffen wird. Das ist klassisches Regierungshandeln im geheim tagenden Bundessicherheitsrat – das war unter allen Bundesregierungen so, auch unter Rot-Grün. Die scheinheilige Kritik der Opposition am Verfahren ist daher nicht nachvollziehbar.“ red



„Nicht vertretbar“

Anette Kramme, die SPD-Bundestagsabgeordnete aus Bayreuth, sagt zum Panzerdeal: „Waffenlieferungen an Saudi-Arabien sind moralisch nicht vertretbar. Dort werden weder Menschenrechte noch Versammlungs- und Pressefreiheit gewährt. Die eigene Bevölkerung wird unterdrückt. Und noch vor wenigen Wochen war das saudische Regime daran beteiligt, die Demokratiebewegung in Bahrain plattzuwalzen. Niemand weiß, gegen wen deutsche Panzer als nächstes eingesetzt würden. Der arabische Frühling braucht eine faire Chance. Die Panzer dürfen nicht geliefert werden.“ red



„Unverantwortlich“

Elisabeth Scharfenberg, die Bundestagsabgeordnete der Grünen aus Hof, erklärte: „Ich bin entschieden gegen den geplanten Panzerdeal. Die Rüstungsexportrichtlinien sagen klar und deutlich, dass keine Waffen an ein Land geliefert werden dürfen, in dem Menschenrechte verletzt werden.“ Angesichts des geringen Stellenwerts von Menschenrechten in Saudi-Arabien dürften keine Kriegswaffen geliefert werden. Zudem würden die Waffen in eine äußerst destabilisierte Region geliefert – dies sei „schlichtweg unverantwortlich.“ red



„Sorgfältig abgewogen“

Hartmut Koschyk, CSU-Bundestagsabgeordneter aus Bayreuth, ist nicht gegen den Panzerdeal: „Ich würde die Entscheidung mittragen, wenn sie denn so gefallen ist. Der Bundessicherheitsrat entscheidet vertraulich, so dass ich nicht sagen kann, ob die Entscheidung endgültig so getroffen wurde.“ Koschyk erklärte weiter, er habe Vertrauen in jene in der Regierung, die über die Panzerlieferung entschieden haben dürften: „Wir haben eine restriktive Außenwirtschaftspolitik. Bei jedem Export von wehrtechnischem Gerät wird sorgfältig abgewogen, ob es verantwortbar ist.“ red



„Ein Krisengebiet“

Petra Ernstberger, die SPD-Bundestagsabgeordnete aus Markredwitz, ist gegen den Panzerdeal: „Wir haben Richtlinien, die Waffenexporte in Krisengebiete nicht zulassen. Saudi-Arabien ist ein Krisengebiet.“ In dem Land herrsche eine innenpolitisch prekäre Lage, das saudische Regime unterstütze etwa die Salafisten, eine erzkonservative islamistische Bewegung. Saudi-Arabien vollziehe Hunderte von Todesurteilen. Überdies konterkarriere der Panzerdeal mit den Saudis die Freiheitsbewegungen in den arabischen Staaten. red

